

SABINE GANS, BERND REMMELE

Wohnen als Thema im Unterricht

Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung vom November 2021 präsentiert ein ehrgeiziges Programm: „Wohnen ist ein Grundbedürfnis und so vielfältig wie die Menschen. Wir werden das Bauen und Wohnen der Zukunft bezahlbar, klimaneutral, nachhaltig, barrierearm, innovativ und mit

lebendigen öffentlichen Räumen gestalten.“ Hierzu sollen 400.000 Wohnen pro Jahr neu gebaut werden; die neue Regierung möchte dazu „ein ‚Bündnis bezahlbarer Wohnraum‘ mit allen wichtigen Akteuren schließen“. Es wird sogar ein eigenständiges Bauministerium eingerichtet.

Beitrag	Zielgruppe	Leitidee	Methode
Bernd Remmele: Wohnst du noch – oder fliegst du schon raus?	Oberstufe	Die Lernenden spielen ein Escape Game zum Problem, wie ein Recht auf Wohnen vor dem Hintergrund steigender Mieten zu beurteilen ist.	Escape Game
Annette Kern: „Wohnungsmarkt 2040“	ab Jahrgangsstufe 10	In Gruppen werden mögliche Zukunftsszenarien zum Wohnungsmarkt erstellt und Gestaltungsspielräume reflektiert.	Szenario-Methode
Sabine Gans: Familie sucht Wohnraum	ab Jahrgangsstufe 8	Am Beispiel einer Familie werden Erfordernisse und Möglichkeiten eines potenziellen Wohnortes formuliert und überprüft. Dabei werden urbane und ländliche Regionen verglichen.	Rollenspiel (Familienkonferenz)
Jana Franke: Ausziehen von zu Hause – aber wie?	Jahrgangsstufe 10-12	Von der Wohnungsanzeige bis hin zum Abschluss eines Mietvertrages setzen sich die Lernenden praxisnah mit der Thematik „Wohnen“ auseinander.	Rollenspiel (Wohnungssuche)
Carina Jaegen: Ein Raum für mich	Jahrgangsstufe 8-10	Die Lernenden erkennen den Zusammenhang zwischen Wohnungseinrichtung und Identität der Bewohnerin/des Bewohners und richten anschließend ihre eigene „Traumwohnung“ ein.	Projektunterricht, kreative Gestaltung
Felix Miseré, Anne-Catherine Molz, Lisa Oehmichen, Christina Schröder: Europa und wir	ab Jahrgangsstufe 9	Die Schüler/-innen erkennen die Bedeutung einer übergeordneten Region und können die damit verbundene eigene Betroffenheit sowie wesentliche Aspekte des Lebens dort spielerisch erfahrbar machen.	Erstellung einer Stadtrallye
Anne de Vries: Lernen für das Leben	Lehrkräfte, Referendare, Lehramtsstudierende, Schüler/-innen	Verbraucherbildung an allgemein- und berufsbildenden Schulen	Arbeit in einem Netzwerk

Tab. 1:
Die Themenbeiträge in diesem Heft

Es ist kaum vorstellbar, dass eine neue Regierung darauf verzichtet, sich dem Thema Wohnen intensiv zu widmen. Keine Woche vergeht, in der nicht in irgendeinem Medium die steigenden Immobilien- und Mietpreise beklagt werden. Neben den Mangelerscheinungen führt dies, auch vor dem Hintergrund der in Deutschland relativ niedrigen Wohneigentumsquote, zu einer sozialen Differenzierung. Auch wenn die positiven vorpandemischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt die durchschnittliche Mietbelastungsquote (d.h. der Anteil der Mietkosten am Nettoeinkommen) sogar leicht haben sinken lassen – auf rund 30% – so besteht das Problem darin, dass diese Quote umso höher liegt, je niedriger das Einkommen ist. Bei Haushalten, die über ein Einkommen von weniger als 60% des Großstadteinkommensmedians verfügen, liegt die Mietbelastungsquote bei fast 50% (vgl. Holm, Regnault, Sprengholz, Stephan 2021).

Neben dieser allgemeinen polit-ökonomischen Perspektive ist Wohnen aber auch etwas sehr Persönliches und Privates. Die sozialisatorische Dimension, die sich an die eigene Wohnung, ihre Einrichtung, ihre Lage, die Bewohner/-innen etc. knüpft, ist kaum zu überschätzen.

Die Beiträge in diesem Heft

So fächert bereits der Basisartikel von Sebastian Botzem und Maximilian Vollmer die Breite der Thematik auf. Die Autoren stellen dar, dass Wohnen sowohl Menschenrecht und soziales Grundbedürfnis, Basis sozialer Infrastruktur als auch Wirtschaftsgut ist. Der Basisartikel stellt wichtige wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen dar

und diskutiert aktuelle Problem der Wohnraumversorgung sowie möglichen Veränderungsbedarf und Veränderungsmöglichkeiten.

Die sechs Unterrichtsbeiträge spiegeln die Breite der Thematik und konkretisieren die implizierten Fragestellungen im Unterricht für unterschiedliche Altersstufen didaktisch-methodisch aufbereitet. Auch hier geht es einerseits um die Analyse individueller Präferenzen und konkreter Bedingungen des Wohnungsmarktes (vgl. die Beiträge von Sabine Gans, Jana Franke und Carina Järgen); andererseits werden allgemeine Regulierungsfragen und gesamtgesellschaftliche Trends in den Fokus gerückt (vgl. Bernd Remmele und Annette Kern). Der letzte Unterrichtsbeitrag (Felix Miseré, Christina Schröder, Lisa Oehmichen und Anne-Catherine Molz) sucht mit Blick auf die (groß-)regionale Verortung eine mittlere Perspektive.

Damit sind ausgewählte Ansatzpunkte für die oben skizzierte Vielfalt an Anknüpfungsmöglichkeiten an bestehende Lehrpläne und Kerncurricula fachlich-inhaltlich und didaktisch-methodisch ausgearbeitet.

In Ergänzung stellt der Text „Lernen für das Leben“ von Anne de Vries (Bundesverband der Verbraucherzentralen) die Angebote der Verbraucherzentralen für Schulen und Unterricht bezogen auf den Bereich Wohnen vor, unter besonderer Berücksichtigung des Netzwerks der Verbraucherschulen, und rundet das Heft thematisch ab.

Literatur

Holm, A./Regnault, V./Sprengholz, M./Stephan, M.(2021): Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme. Düsseldorf. Online verfügbar unter: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008039/p_fofoe_WP_217_2021.pdf [letzter Zugriff: 21.01.2022]

Tab. 2:
Die Magazin-
beiträge in diesem
Heft

Beitrag	Zielgruppe	Leitidee
Mira Eberle: Wirtschaftskundliches Fachwissen – kompetente Lernende?	Lehrkräfte, Referendare, Lehramtsstudierende, Schüler/-innen	Ergebnisse einer Studie aus Baden-Württemberg
Lorenz Prager, Alexander Preisinger: Grenzerfahrungen	Lehrkräfte, Referendare, Lehramtsstudierende, Schüler/-innen	Flucht im digitalen Spiel (Serious Games) erfahrbar machen

Abb.1: Auch die Mietpreisbremse konnte die angespannte Lage auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt kaum entschärfen.



Abb. 1: © Tobias Seeliger/stock.adobe.com

BERND REMMELE

Wohnst du noch – oder fliegst du schon raus?

Ein Escape Game zum Recht auf Wohnen

Das Grundgesetz sieht kein explizites Recht auf Wohnen vor. Wenn man eine Wohnung hat, ist diese durch das Grundgesetz geschützt (Art. 13), ggf. auch das Eigentum (Art. 14) an einer Wohnung. Immerhin lässt sich aus Artikel 1 und der Sozialstaatsbestimmung (Art. 20) ein Recht auf Wohnen als Teil des Existenzminimums ableiten. Der staatliche Gestaltungsspielraum ist hier allerdings sehr weit. In einigen Landesverfassungen wie z. B. in Berlin findet sich zwar ein Recht auf Wohnen – aber auch nicht als individuell einklagbares Recht, sondern lediglich als Staatszielbestimmung (WD 2019).

Angesichts der steigenden Immobilienpreise (vgl. Abb. 1 im Beitrag von Botzem/Vollmer, S. 5 in diesem Heft) und dem in Deutschland im Vergleich zu Europa eher niedrigen Anteil an privatem Wohnungseigentum (Wohneigentumsquote in Deutschland: 50 %; Frankreich: 64 %; Rumänien: 96 %) richtet sich die aktuelle Diskussion vorrangig auf Maßnahmen zur Begrenzung der Mietkosten bzw. deren Steigerung.

Die 2015 eingeführte und mehrfach nachgebesserte Mietpreisbremse scheint diese Entwicklung nicht substantiell beeinflusst zu haben. So bietet sie eine

Reihe von Ausnahmen gegenüber der grundlegenden Regel, dass bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt die Miete höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf (z. B. *Frehner 2020*).

Berlin als Beispiel für bundesweite Entwicklungen

Insbesondere die Entwicklung in Berlin, wo die Wohnungspreise mit etwas Verzögerung seit der Wiedervereinigung zu anderen Metropolen aufschließen, zeigt sich die Problematik wie unter einem Vergrößerungsglas: Um gegenzusteuern, hatte der rot-rot-grüne Senat Anfang 2020 den sogenannten Mietendeckel beschlossen, der u. a. Mietobergrenzen für verschiedene Wohnungstypen, Mietenkappung für überteuerte Wohnungen und an die Inflation angepasste Mieterhöhungen vorsieht. Aus rein formalen Gründen wurde das Gesetz kurz darauf als verfassungswidrig eingestuft, da die entsprechende Gesetzgebungskompetenz nicht bei den Ländern, sondern beim Bund liegt. Ob die gewählten Maßnahmen innerhalb des staatlichen Gestaltungsspielraums liegen, ließ das Urteil des Bundesverfassungsgerichts unbeantwortet. Es gibt aber verschiedene Gründe anzunehmen, dass diese zumindest teilweise auch inhaltlich, etwa aus Konflikt mit dem Eigentumsrecht, keinen Bestand haben würden (z. B. *Battis o.J.*).

Parallel zur letzten Bundestagswahl im September 2021 fand in Berlin ein erfolgreicher Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ statt (<https://www.dwenteignen.de/>). Ungefähr 250.000

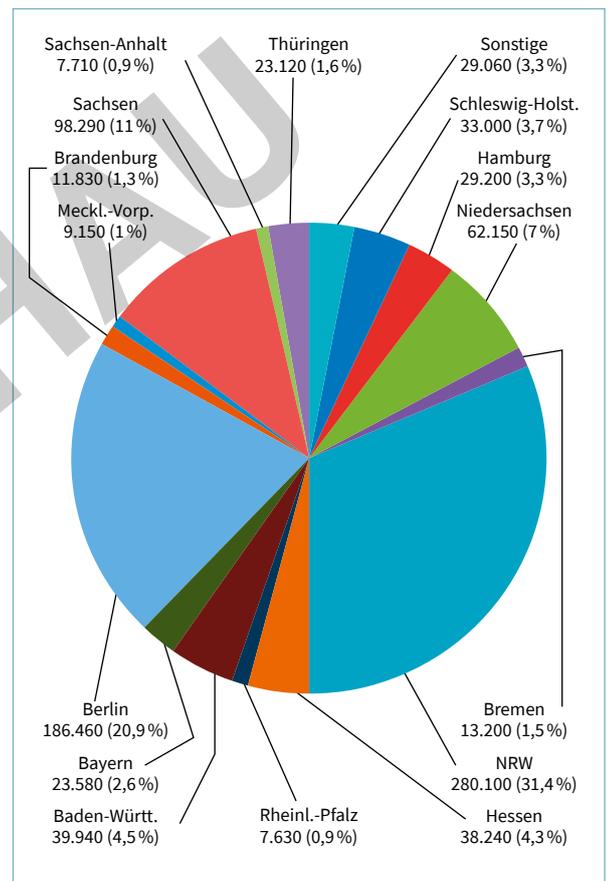


Abb. 1: Wohnungsbestände der börsennotierten Wohnungsunternehmen

Wohnungen, ein Sechstel der Mietwohnungen in Berlin, sollen demnach großen Immobilienkonzernen zwangsweise abgekauft und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden. Der Berliner Senat ist nicht an den Volksentscheid gebunden. Eine Umsetzung ist sehr unwahrscheinlich, weil die dazu nötigen Mittel – wenn sie denn eingesetzt würden – an anderer Stelle, z. B. durch Neubau von Wohnungen, vermutlich größeren wohnungswirtschaftlichen Nutzen stiften würden.

Abb. 1: Eigene Darstellung nach: Börsennotierte Wohnungsunternehmen als neue Akteure auf dem Wohnungsmarkt – Börsengänge und ihre Auswirkungen, BBSR-Online-Publikation 01/2017

LERNGRUPPE: Oberstufe
IDEE: Die Schülerinnen und Schüler spielen ein Escape Game zum Problem, wie ein Recht auf Wohnen vor dem Hintergrund steigender Mieten zu beurteilen ist.
ZEITBEDARF: eine Doppelstunde

Arbeitsblätter 1 – 4

WOHNST DU NOCH – ODER FLIEGST DU SCHON RAUS?

M 2: Immobilienmakler Peter Pistres muss die Tricks der Branche offenlegen

Dass Peter die Aufgabe lösen konnte, sollte Menda ein wenig freundlicher stimmen – Peter als einzelner Immobilienmakler kann ja für diese Gesamtentwicklung wirklich nichts.

Menda hält auch ihr Versprechen: Sie schickt ihm einen neuen Treffpunkt: Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Die Adresse kennt er – auch kein wirklich passender Ort für ein gemütliches Tête-à-Tête. Aber inzwischen ist sein Kampfgeist erwacht; die Erinnerung an die Sprüche seiner Motivationstrainer pushen ihn zusätzlich. Als er am Reichstag ankommt, meldet sich Menda per E-Mail auf seinem neuen Smartphone.

„Lieber Peter,

es freut mich, dass du gekommen bist. Vielleicht bist du ja doch ein netterer Kerl als dein Beruf vermuten lässt. Um sicher zu gehen, muss ich dir aber nochmal auf den Zahn fühlen. Was mich nämlich immer wieder erstaunt, ist, wie es deine Branche ständig schafft, die in Berlin schon vor ein paar Jahren beschlossene ‚Mietpreisbremse‘ zu umgehen. Wie jeder in der Branche weiß, legt die 2015 eingeführte und mehrfach nachgebesserte ‚Mietpreisbremse‘ Folgendes fest: Bei Wiedervermietung von Wohnungen in Gebieten mit ‚angespanntem Wohnungsmarkt‘ darf die neue Miete höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Allerdings lässt das Gesetz eine Reihe von Ausnahmen gegenüber dieser grundlegenden Regel zu und natürlich kann man versuchen, die Mieter/-innen auch ein bisschen auszutricksen. Wenn sie sich trauen, können sie ja klagen.

Viele Grüße,

Menda“



Dein Auftrag: Verbinde jeweils die Tricks der Makler auf der linken mit den Folgen, die das für die Mieter haben kann, auf der rechten Seite. Dabei werden die runden Zahlenfelder durchgestrichen – alle bis auf drei. Von oben nach unten gelesen, ergeben diese nicht durchgestrichenen Zahlen den dreistelligen Lösungs-Code.

Da für gewerblich genutzte Flächen die Mietpreisbremse nicht gilt, kann man im Mietvertrag einen Raum zur teilgewerblichen Nutzung zulassen, ohne dass dies von den Mieterinnen/Mietern angefragt wurde.	7	Mieter/-innen merken das meist gar nicht, weil sie sich den Mietvertrag nicht im Detail durchlesen.
Man zeigt einen Vormietvertrag mit einer schön hohen Miete.	1	Mieter/-innen müssten wissen, dass Klagen gegen solche Doppelverträge erfolgreich waren.
Man legt den Mieter/-innen nahe, über einen Zweitvertrag „freiwillig“ mehr zu zahlen.	6	Mieter/-innen müssten erkennen, dass die hohe Vormiete schon illegal war, wenn sie nach Einführung der Mietpreisbremse vereinbart wurde.
Nach einer „umfassenden Sanierung“ greift die Mietpreisbremse nicht. Und natürlich kann man die Kostenaufstellung für so eine „Luxussanierung“ auch mal etwas kreativer gestalten und entsprechend „aufblasen“.	3	Mieter/-innen müssten wissen, dass hierfür 1/3 der Neubaukosten oder mindestens 600-800 Euro pro m ² ausgegeben worden sein müssen und was man überhaupt berechnen darf.
Man kann ein paar Möbel in die Wohnung stellen, denn möbliert vermietet lässt sich die Miete auch hochsetzen.	4	Mieter/-innen bräuchten Expertise in Bauqualität.
Man verweist auf wohnwerterhöhende Merkmale, wie z. B. hochwertige Bodenbeläge oder aufwändige Wandverkleidung.	0	Mieter/-innen müssten wissen, dass der mögliche Möblierungszuschlag ziemlich begrenzt ist (in Berlin 2 % des Zeitwerts pro Monat).
	8	
	2	

Lösung (s. auch M 2a, als Download verfügbar): 030

Familie sucht Wohnraum

Vor- und Nachteile eines potenziellen Wohn- und Lebensorts erörtern

Im Steuerrecht wird mit dem Begriff des Wohnorts als Lebensmittelpunkt gearbeitet. Im Gegensatz zur Wahl eines für ein Unternehmen geeigneten Standortes ist die Entscheidung für oder gegen einen Wohnort zwar auch von monetären Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten geprägt, darüber hinaus aber stärker von persönlichen Einstellungen, individuellen Erfahrungen und Lebensvorstellungen abhängig. Zudem gilt es hier, die Bedürfnisse und Wünsche einzelner Familienmitglieder sowie die (organisatorischen) Erfordernisse und Erwartungen an das Zusammenleben abzuwägen und abzustimmen. Während in Unternehmen die Entscheidungen häufig durch die Führungsebene getroffen und dann oft kurzfristig einzelnen Arbeitnehmenden angeordnet werden, geht es beim Familienwohntort¹ auch um den innerfamiliären Ausgleich von Interessen und Konsensfindung.

Schüler/-innen kennen diese oder ähnliche Situationen möglicherweise aus eigenem Erleben. Sie können demokratische Verfahren und Prozesse erleben und anwenden. Kriterien² zur Beurteilung eines potenziellen Wohnortes sind unter anderem:

- Altersstruktur des Haushalts oder der Nachbarschaft

- Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Freizeitmöglichkeiten
- Verfügbarkeit schneller Internetanschlüsse
- Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Leben und Betreuung von Seniorinnen und Senioren
- medizinische Versorgungslage
- Mieten, Immobilienpreise
- Schulen
- Verkehrsanbindung, ÖPNV

Das Material im Unterricht

Im vorgestellten Material geht es um die Entscheidung für den Wohnsitz einer Familie. Jedes Familienmitglied formuliert unterschiedliche Anforderungen an den Ort, die von der persönlichen Lebenssituation und Lebensplanung abhängen. Da diese durchaus zu unterschiedlichen Präferenzen führen können, ist ein Prozess der Meinungsbildung und Abstimmung notwendig. In einer Familienkonferenz sollen die Bedürfnisse der einzelnen mit den vorhandenen Möglichkeiten abgeglichen und eine Entscheidung herbeigeführt werden. Diese Entscheidung kann im Kompromiss liegen – z. B. in der geographischen Mitte –, geprägt sein von finanziellen Abwägungen, die Zeitbudgets der Familienmitglieder berücksichtigen, dem Verhältnis von Arbeits-, Pendel- oder Freizeit Rechnung tragen oder die Folge der Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Familienmitglieder sein.

Die Analyse der Bedürfnisse der Familienmitglieder bildet den ersten Teil der Unterrichtssequenz (M 1). Daraus werden Kriterien abgeleitet, die der künftige Wohnort erfüllen muss.

Es folgen die Suche nach Informationen zu infrage kommenden Orten, die mögliche Priorisierung der Kriterien, anschließend Meinungsbildung und Entscheidung. Schülerinnen und Schüler lernen am Beispiel der Wohnortwahl Recherche- und Kommunikationstechniken kennen, die sie bei ähnlichen Gelegenheiten anwenden können. Sie erproben sich dabei konkret in Verfahren des zwischenmenschlichen und politischen Diskurses, der Meinungsbildung und der Kommunikation.

Dabei kann in unterschiedlichen Handlungssituationen agiert werden: als einzelne Familienmitglieder mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen oder als kommunale Mandatsträger/-innen z. B. im Gemeinderat, die die Attraktivität ihrer Kommune steigern möchten.

Methodische Konkretisierungen

In **M 1** erfolgt anhand der Statements der Familienmitglieder eine Ermittlung und Priorisierung ihrer Anforderungen:

- Analyse der Aussagen und Sammlung in einer Checkliste (Vorlage **M 1.2**) in Einzelarbeit oder in 5er-Tischgruppen
- Diskussion der Kriterien, die ein potenzieller Wohnort erfüllen muss, im Plenum oder in den Tischgruppen; Priorisierung der Kriterien mithilfe des Anbringens von Klebepunkten

M 2 und **M 3** sehen Recherche zu und Beurteilung von zwei Regionen vor (Stadt Köln, Westerwaldkreis):

- Vervollständigung der Checkliste (siehe auch **M 1.2**)

LERNGRUPPE: ab Jahrgangsstufe 8

IDEE: Am Beispiel einer Familie werden Erfordernisse und Möglichkeiten eines potenziellen Wohnortes formuliert und überprüft. Dabei werden urbane und ländliche Regionen verglichen.

ZEITBEDARF: 3 Unterrichtsstunden



Arbeitsblätter 1–3



- Diskussion in Form eines Rollenspiels in den 5er-Tischgruppen
- Um sich vom konkreten Fall zu lösen und die gesellschaftlich-politische Dimension zu erweitern, bietet sich die Durchführung einer Pro-Kontra-Diskussion an zur Frage: „Stadt oder Land – wo lebt es sich besser?“

Ausgehend von der Situation der (fiktiven) Familie König-Pauli kann die regionale Verortung durch die Materialien aufgehoben bzw. erweitert werden, indem das eigene (Schul-) Umfeld nach den erarbeiteten Kriterien erkundet und analysiert wird. Des Weiteren ist der Bezug zur persönlichen (gegenwärtigen und künftigen) Lebenssituation durch die Schüler/-innen herstellbar. Dabei ist es sinnvoll, die Frage beruflicher Orientierung und Entscheidung sowie ihrer Folgen mit in den Blick zu nehmen.

Anknüpfungsmöglichkeiten im Unterricht

Die Einbindung bzw. der Ausgangspunkt im Unterricht kann in unterschiedlicher fachlicher Anknüpfung erfolgen: An Themen der Fächer Religion/

Ethik/Philosophie sowie den gesellschaftswissenschaftlichen Fächerkanon anzubinden sind Fragen des Verhältnisses und ggf. der Entgrenzung von Arbeit und Freizeit (Work-Life-Balance), sozialer Gerechtigkeit, der Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen und -chancen sowie die Berechnung von Wohn- und anderen Lebenshaltungskosten. Die Wahl des Lebensmittelpunktes als Ausdruck individueller Lebensgestaltung, möglicherweise

die Notwendigkeit des Wohnortwechsels aus finanziell-beruflichen Gründen, der demographische Wandel und die gesellschaftliche Transformation sind weitere Aspekte.

Anmerkungen

- (1) Gleiches gilt auch, wenn die Haushaltsmitglieder keinen Familienverbund bilden.
- (2) Die Auflistung ist – um eine Wertung ausdrücklich zu vermeiden – alphabetisch.

Abb. 1: Ein Häuschen im Grünen – oder bietet die Stadt doch mehr Möglichkeiten?

ERWARTUNGSHORIZONT

Die Schülerinnen und Schüler

- analysieren unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche von Familien- bzw. Haushaltsmitgliedern an einen künftigen Wohnort,
- formulieren und priorisieren Kriterien, die zur Bewertung potenzieller Wohnorte geeignet sind,
- untersuchen Informationsmaterialien zu Regionen und Orten hinsichtlich ihrer Eignung als künftiger Lebensmittelpunkt der Familie,
- berücksichtigen Bedingungen und Auswirkungen ökonomischer Entscheidungen aus unterschiedlichen Perspektiven,
- formulieren Fragen und Meinungen angemessen und adressatengerecht,
- lernen Optionen bei und in Entscheidungsprozessen kennen, wägen ab und wenden an,
- kommunizieren getroffene Entscheidungen und ihre Folgen.

Die Initiierung von Meinungsbildung, Diskussion und Entscheidung erfolgt dabei ausdrücklich ergebnisoffen.

FAMILIE SUCHT WOHNRAUM

M 1: Familie König-Pauli: Statements

Ludwig Pauli (14 Jahre), Schüler, Sohn von Lisa und Petra:

„Momentan gehe ich in die 10. Klasse. Was danach kommt, weiß ich noch nicht genau. Vielleicht eine Ausbildung, vielleicht weiter zur Schule gehen? Auf jeden Fall interessiert mich das Planen, Gestalten und Bauen – fürs Handwerkliche bei uns bin ich zuständig. Wenn wir schon umziehen, soll in der Gegend auch etwas los sein – am Ort selbst oder in erreichbarer Nähe.“



Lisa König- Pauli (36 Jahre), Programmiererin, verheiratet mit Petra König:

„Ich möchte mich mit einer eigenen Softwarefirma selbstständig machen. Die Beratung von kleineren Unternehmen wie Arztpraxen, Geschäften oder Restaurants und ihre Ausstattung mit passenden IT-Lösungen ist mein Plan. Dazu brauche ich drei Büroräume und zwei gut ausgebildete Mitarbeiter/-innen. Mein Vater soll auch im Rentenalter mit uns zusammenwohnen.“



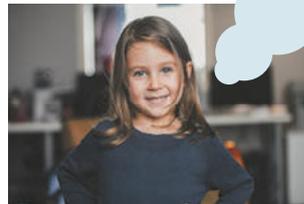
Sven Pauli (59 Jahre), Filialleiter eines Lebensmittelmarktes, Vater von Lisa König-Pauli:

„Nach der Arbeit möchte ich vor allem raus in die Natur. Den ganzen Tag habe ich mit vielen Menschen zu tun – da brauche ich einen Ausgleich. Trotzdem wünsche ich mir Kulturangebote und Vereine; außerdem würde ich gerne auf ein eigenes Auto verzichten.“



Maria Pauli (5 Jahre), Tochter von Lisa und Petra:

„Ich gehe gerne in die KiTa, aber nächstes Jahr komme ich endlich in die Schule. Zum Spielen wünsche ich mir ein neues Zimmer, einen Garten oder Spielplatz und viele Kinder in der Nähe.“



Petra König (38 Jahre), Flugbegleiterin, verheiratet mit Lisa König-Pauli:

„Meine Arbeitszeiten sind unregelmäßig, die Flugzeiten oft mitten in der Nacht. Die gute Erreichbarkeit der Flughäfen

